Deutschland braucht eine neue bürgerliche Politik!

Bürgerliche Politik ...

... tritt selbstbewusst für die aktive Selbstbehauptung der westlichen Demokratie und der offenen Gesellschaft ein und verteidigt ihre Grundlagen: individuelle Freiheit und konsequente Rechtsstaatlichkeit, gleiches Recht für alle, Meinungsfreiheit und die Freiheit der Wissenschaft, der Kunst und der Presse.

... streitet für eine offene Diskussionskultur, die weder Debattenverbote kennt noch politische Entscheidungen als alternativlos klassifiziert, um sie so dem öffentlichen Diskurs zu entziehen.

... lehnt jede Form von „Cancel Culture" ab, die sich über die von der Verfassung gesetzten Grenzen hinaus das Recht nimmt, darüber zu entscheiden, wer was wann wie sagen darf.

... arbeitet auf die Beseitigung von tatsächlichen Benachteiligungen hin und weist zugleich den Generalverdacht des „strukturellen Rassismus" gegen die Bevölkerung der Bundesrepublik zurück.

... betont die individuellen Freiheitsrechte aller in Deutschland lebenden Menschen, auf denen die Fähigkeit basiert, Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen.

... arbeitet für eine aktive und umfassende Herstellung von Chancengerechtigkeit und lehnt Quotenregelungen ab, die auf äußerlichen Merkmalen wie Geschlecht, Herkunft, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit oder sexueller Orientierung beruhen.

... unterbindet, dass Vereine oder Organisationen, die Objekte der Beobachtung durch den Verfassungsschutz sind, mit Steuergeldern finanziert werden.

... verlangt, dass sich Organisationen, die sich mit staatlicher Unterstützung im Kampf gegen Extremismus engagieren, vorbehaltlos zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen.

... überprüft die Arbeit der erheblich gewachsenen Zahl von Regierungsbeauftragten und finanziert sie nur in den Fällen weiter, in denen ein zuständiges Ministerium oder eine zuständige Behörde diese Arbeit nicht sinnvoll leisten können.

... steht für einen respektvollen Umgang miteinander, der eine respektvolle Sprache einschließt und jede Form sprachpolitischer Bevormundung oder Zwänge ablehnt.

REPUBLIK21 e.V.
Denkfabrik für neue bürgerliche Politik
Baierbrunner Straße 25
81379 München
Deutschland

T +49 (0)89 - 200 080 752
F +49 (0)89 - 288 555 25

E info@denkfabrik-r21.de
www.denkfabrik-r21.de

Vorstand
Prof. Dr. Andreas Rödder
Dr. Kristina Schröder
Dr. Harald Mosler

Wokes Deutschland – Identitätspolitik als Bedrohung unserer Freiheit?

Berlin, 7. November 2022

Ein Manifest der

denkfabrik R21

Die Grundlagen der freien Gesellschaft und unseres demokratischen Gemeinwesens werden durch populistische und extremistische Rechte ebenso wie durch woke Linke bedroht. Woke bedeutet „erwacht“ und ist eine Selbstbezeichnung von Linken, die sich im Besitz der moralischen Wahrheit glauben. Beide, die woke Linke ebenso wie die radikale Rechte, stehen für eine identitäre Politik, die nicht vom Individuum ausgeht, sondern von Gruppenzugehörigkeiten aufgrund ethnischer, sexueller, sozialer oder kultureller Merkmale. Während die woke Linke ihr identitätspolitisches Denken und Handeln an diversen „Opfergruppen“ ausrichtet, steht die radikale Rechte für einen ethnisch homogenen, völkischen Ansatz. Das Ergebnis ist ein Kulturkampf, der von der Mehrheit der Bevölkerung in unserem Land noch immer unterschätzt oder ignoriert wird.

Worum geht es?

Das Anliegen der woken Linken, Benachteiligungen aufgrund von Geschlecht oder Herkunft zu überwinden, hat sich im Verlauf der letzten Jahre zu einer demokratiefeindlichen Ideologie entwickelt, die sich gegen die Mehrheit der hier lebenden Menschen richtet. Grundlage ist die sogenannte postkoloniale Theorie, die davon ausgeht, dass Denkweisen und Machtstrukturen des europäischen Kolonialismus unverändert wirken: Westliche Gesellschaften seien strukturell rassistisch, und dieser Rassismus sei ein Wesensmerkmal weißer Menschen. Ihre Herrschaft basiere auf der Diskriminierung von Frauen, Migranten, Muslimen, Queers und anderen partikularen Gruppen.

Die westlichen Staaten und Gesellschaften haben dieser Auffassung zufolge umfassende Schuld auf sich geladen und tun es weiterhin. Die Maxime lautet, Diskriminierung von Opfergruppen in der Vergangenheit durch Diskriminierung von Angehörigen der vermeintlichen Tätergruppen in der Gegenwart zu bekämpfen. Somit wird der Grundsatz „gleiches Recht für alle“ außer Kraft gesetzt und individuelle Freiheitsrechte werden zugunsten von kollektiven Sonderrechten für Menschen mit bestimmten äußerlichen Merkmalen eingeschränkt.

Florierendes Geschäftsmodell

Linke Identitätspolitik ist ein florierendes Geschäftsmodell geworden, das mit Steuergeldern finanziert und zunehmend staatlich institutionalisiert wird. Opfergruppen haben sich vervielfacht, da die Anerkennung eines Diskriminierungsstatus Zugänge zu Jobs, öffentlichen Ämtern und Fördermitteln verschafft. Angesichts ihrer beträchtlichen Erfolge ist die Anspruchshaltung dieser Gruppen kontinuierlich gewachsen. Sie werden dabei von entsprechenden (Regierungs-) Beauftragten, öffentlichen Beratungsstellen, Teilen der Wissenschaft sowie staatlich geförderten Vereinen und Organisationen unterstützt.

Kritik versucht die woke Linke durch Moralisierung mundtot zu machen. Andersdenkende werden als „homophob“, „islamophob“, „transphob“ oder als „rassistisch“ stigmatisiert und damit aus dem öffentlichen Diskurs ausgegrenzt. Oft reicht es hierfür im Sinne einer „Kontaktschuld“ bereits, wenn sie gemeinsam mit missliebigen Personen auf Veranstaltungen aufgetreten sind oder mit ihnen in sozialen Netzwerken in Kontakt stehen.

Den Kampf gegen Rechtsextremismus verkürzen diese Gruppen bewusst zu einem „Kampf gegen Rechts“, womit all diejenigen gemeint sind, die nicht identitätspolitisch links sind. Das Spektrum des legitimerweise Sagbaren wird somit verengt, klassische politische Positionen der liberalen und konservativen Mitte werden als „menschenfeindlich“ gebrandmarkt. Mit dem Begriff eines angeblichen „Extremismus der Mitte“ wird die Mehrheit der Bevölkerung unter Verdacht gestellt.

Polarisierung der Öffentlichkeit

Auf der anderen Seite versuchen populistische und extreme Rechte, aus der Verunsicherung der Mehrheitsbevölkerung Kapital zu schlagen, und erzielen damit (Wahl-)Erfolge in einer zunehmenden Zahl westlicher Gesellschaften. Sie schüren gezielt Ressentiments und formulieren eine identitäre Ideologie von rechts, die ihrerseits die Grundlagen der offenen Gesellschaft und der liberalen Demokratie angreift.

In aller Deutlichkeit haben die Ereignisse des 6. Januar 2021 in den USA diese Gefährdung gezeigt. Der Sturm auf das Kapitol offenbart die Missachtung rechtsstaatlicher, demokratischer Institutionen, und die willkürliche Anmaßung einer selbst gesetzten Wahrheit durch die Behauptung und die Nichtanerkennung einer „gestohlenen Wahl“ zerstört die demokratische Öffentlichkeit durch bewusste fake news. Dabei stacheln diese populistische Rechte und die identitätspolitische Linke sich gegenseitig immer weiter auf.

Ohne dass amerikanische Verhältnisse automatisch das Rollenmodell für Europa darstellen müssen, signalisiert die Entwicklung in den USA die Gefahren einer Polarisierung der Öffentlichkeit, in der nicht mehr mit-, sondern nur noch übereinander gesprochen und gegeneinander gehandelt wird, statt den friedlichen demokratischen Wettstreit über die besseren Ideen und Konzepte auszutragen.

Unwissenheit, Desinteresse, Naivität

Die Parteien des bürgerlichen Lagers haben diese Entwicklung durch Gedanken-, Sprach- und Tatenlosigkeit nicht nur allzu lange ermöglicht, sondern sogar begünstigt. Nach wie vor überwiegen Unwissenheit, Desinteresse und Naivität im Umgang mit Identitätspolitik und der von ihr benannten Opfergruppen. So wurde zum Beispiel aus falsch verstandener Toleranz oder Feigheit zugelassen, dass sich Parallelgesellschaften mit islamistischen, antidemokratischen und freiheitsfeindlichen Strukturen gebildet haben, in denen die Unterdrückung von Frauen und Mädchen, Antisemitismus und Homophobie an der Tagesordnung sind.

Der identitätspolitische Kulturkampf von links ist mittlerweile weit in das öffentliche Leben vorgedrungen, bis hin zur Umgestaltung der deutschen Sprache durch Gender-Stern und Glottisschlag, die eine Minderheit in Bildungseinrichtungen, Medien und öffentlichen Verwaltungen einer Mehrheit der Bevölkerung gegen deren Willen aufzwingt. Nicht nur die Politik, auch Wirtschaft, Medien, Wissenschaft und Kultur haben sich vorschnell, teils vorauseilend dem identitätspolitischen Druck unterworfen. In der Folge hat eine Mehrzahl der Deutschen inzwischen das demoskopisch erhobene Gefühl, nicht mehr frei sprechen zu können. Tatsächlich ist die Freiheit der Rede, sind mithin Meinungsfreiheit, Freiheit der Wissenschaft, Kunst- und Pressefreiheit gefährdet und in Teilen der Gesellschaft bereits faktisch eingeschränkt.

Es ist höchste Zeit, dass die bürgerliche Mitte grundlegende Werte einer freien und offenen Gesellschaft selbstbewusst verteidigt und schützt. Es ist höchste Zeit, dass die bürgerliche Mitte den Kulturkampf der identitätspolitischen Linken und der identitären Rechten annimmt und die Feinde der liberalen Demokratie zurückdrängt.